Ä204 Aus alt mach neu: Kohleausstieg und Strukturwandel

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV)

Änderungsantrag zu 1.5

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:
Die „Kohlekommission“ auf Bundesebene wurde mit Aufgaben überfrachtet. Ob bzw. wann und mit welchen konkreten Festsetzungen der von ihr vorzulegende Kohleausstiegs-Fahrplan von Bundesregierung und Bundestag beschlossen wird, ist noch offen. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf und auch die Verkleinerung genehmigter Tagebaue in Betracht gezogen werden muss. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des Tagebaus Welzow Süd II ein. Zudem wollen wir alles dafür tun, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd EUR allein für die Lausitz - trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen.
Die Bergbautreibenden profitieren zudem von ungerechten Regelungen im Einigungsvertrag. In Ostdeutschland sind Kiese, Sande und andere Rohstoffvorkommen in geringer Tiefe als ehemaliges "Volkseigentum" privatisierbar, im Westen hingegen sind sie im Eigentum derer, welche die darüberliegenden Grundstücke besitzen. Damit sind Enteignungen im Osten zu Gunsten etwa internationaler Baukonzerne leicht durchsetzbar - in der Alt-BRD geht so etwas gar nicht. Dies führt im Raum Mühlberg/Elbe zu einer Konzentration von Kiestagebauen, die weder für die örtliche Bevölkerung zumutbar noch ökologisch vertretbar und zudem ein gravierender Standortnachteil für andere Wirtschaftsformen ist. Wir werden uns für eine Bundesratsinitiative zur Vereinheitlichung des deutschen Bergrechtes einsetzen. Dies soll aber nur ein Zwischenschritt hin zu einer grundsätzlichen Novellierung des antiquierten deutschen Bergrechts sein.

Begründung

Mündlich.

Falls Jemand einen besseren Platz für diese Forderung im Programm finden sollte, bin ich für solche Vorschläge sehr offen - ich fand jetzt bloß keinen.